

2016-11-08

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



---

## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 19.10.2016

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

**Fraktion der CDU**

Kolze, Jens entschuldigt

**Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**

Präger, Thomas entschuldigt

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Mit zehn anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Es werden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung vorgebracht. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt. (10:00:00)

### Abstimmungsergebnis: (10:00:00)

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.2016**

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 14.09.2016 wird ohne Ergänzungswünsche und Anmerkungen einstimmig genehmigt.

### Abstimmungsergebnis: (10:00:00)

#### **4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Oberbürgermeister Kuras** gibt die beiden in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 14.09.2016 gefassten, nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Interne Objektmanagement Ratssaal – Sitzordnung des Stadtrates
- Verkauf einer Fläche im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz Dessau, Teilgebiet B, Erteilung einer Belastungsvollmacht

#### **5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

**Herr Kuras** informiert, dass im Berichtszeitraum keine Eilentscheidung durch den Oberbürgermeister getroffen worden.

#### **6 Einwohnerfragestunde**

**Herr Swen Behrendt**, Pappelgrund 30, Dessau-Roßlau, berichtet, dass er bereits mehrmals das Rathaus zu den Öffnungszeiten aufgesucht hat und von den jeweiligen Mitarbeitern auf die Sprechzeiten verwiesen wurde. Positiv merkt er an, dass sein Anliegen dennoch von den Mitarbeitern aufgenommen wurde. Er erbittet eine Erläuterung hinsichtlich des Unterschiedes zwischen Sprech- und Öffnungszeiten und hinterfragt, ob die Sprechzeiten nicht generell ausgegangen werden könnten.

**Herr Kuras** erläutert, dass die Sprechzeiten die Zeiten sind, zu denen die Mitarbeiter der Verwaltung für die Belange der Bevölkerung persönlich ansprechbar sind. Die Öffnungszeiten hingegen beziehen sich auf die grundsätzliche Öffnung des Gebäudes. Die Sprechzeiten sind im Internet veröffentlicht und werden in unregelmäßigen Abständen auch im Amtsblatt publiziert. Eine erneute Bekanntgabe der Sprechzeiten im Amtsblatt wird vorgeschlagen. Weiterhin sichert Herr Kuras zu, dass die Verwaltung die Thematik intern aufgreifen wird.

#### **7 Öffentliche Anfragen und Informationen**

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN**, berichtet, dass Frau Ashley Klein vom Eine Welt Netzwerk Sachsen-Anhalt an ihn herangetreten ist und angefragt hat, ob Dessau-Roßlau Interesse am Erwerb des Titels „Fairtrade Town“ hat. Dieser Titel wird weltweit vergeben. Voraussetzung für den Titelerwerb ist die Erfüllung diverser Kriterien, unter anderem zählt dazu die Verwendung fairtradegehandelten Kaffees im Rathaus und bei Gremiensitzungen. Die Städte Magdeburg und Halle (Saale) beteiligen sich bereits. Herr Meier befürwortet den Vorschlag, da dieser auch die Bemühungen der Stadt im Rahmen der Globalisierungsanpassung ergänze. Gleichzeitig sieht er hierin eine sinnvolle Weiterführung des Beschlusses des Stadtrates aus dem Jahr 2009, in dem sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit und unsoziale Arbeitsbedingungen ausgesprochen wurde.

Ein Entwurf einer möglichen Beschlussvorlage wird von Herrn Meier ausgereicht. Zur Umsetzung müsse eine Lenkungsgruppe gegründet werden. Frau Klein ist bereits dabei diese mit vielen Akteuren in der Stadt zu organisieren. Das Wirtschaftsministerium ist in das Projekt eingebunden. Denkbar sei, dass auch die Marketinggesellschaft auf Einzelhändler und Gastronomen positiv einwirken kann um die Verwendung von Fairtrade Produkten zu fördern. Dies könne sich als ein positives Aushängeschild für die Stadt entwickeln, unterstreicht Herr Meier.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** dankt Herrn Meier für den Vorschlag. Er wird diesen in der Dienstberatung aufgreifen. Frau Klein wird um Hinterlassen ihrer Kontaktdaten gebeten, um Nachfragen direkt an sie adressieren zu können.

## **8 Beschlussfassungen**

### **8.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/315/2016/I-OB**

**Abstimmungsergebnis: (10:00:00)**

### **8.2 Annahme von Sponsorenleistungen für das Wirtschaftsforum 2016 Vorlage: BV/324/2016/I-OB**

Einführend in die Beschlussvorlage erläutert **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass es sich bei der zur Genehmigung stehenden Sponsorenleistung um ein Sponsoring des im Juni mit Erfolg durchgeführten Wirtschaftsforums handele.

Die Planung der Veranstaltung für das kommende Jahr befinde sich in Vorbereitung.

**Abstimmungsergebnis: (10:00:00)**

### **8.3 "Kirchentag auf dem Weg - Reformationsjubiläum 2017 in Dessau-Roßlau" Vorlage: BV/275/2016/IV-41**

Der Kirchentag findet Ende Mai 2017 statt, erklärt **Herr Kuras**. Bereits im Haushaltsausschuss wurde zum Thema beraten. Die Stadt Dessau-Roßlau ist eine von mehreren Städten, die sich beteiligen. Ein Entwurf einer Kooperationsvereinbarung ist als Anlage zur Beschlussvorlage vorliegend.

**Abstimmungsergebnis: (10:00:00)**

#### **8.4 Umwandlung der Sekundarschule "Zoberberg" (Gesundheitsfördernde Ganztagschule) in eine Gemeinschaftsschule Vorlage: BV/285/2016/V-40**

Mit der Umwandlung der Sekundarschule „Zoberberg“ in eine Gemeinschaftsschule soll der Bildungsgerechtigkeit und Verbesserung von Bildungschancen Rechnung getragen werden, erläutert **Herr Beigeordneter Jens Krause**. Kindern aus einem sozial benachteiligten oder bildungsfernen Umfeld bzw. Kindern, die nach der Grundschule nicht unmittelbar den gymnasialen Bildungsweg einschlagen, soll, die Möglichkeit eröffnet werden, in ihrem gewohnten Umfeld die allgemeine Hochschulreife durch Erwerb eines Fachabiturs zu erlangen.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** hinterfragt den Status des dann zu erwerbenden Abschlusses. **Frau Wendeborn, Amtsleiterin**, erklärt, dass es sich um ein vollwertiges Abitur handelt. Weiterhin erläutert sie, dass zum Schuljahr 2017/18, beginnend mit der Jahrgangsstufe 5, die Gemeinschaftsschule eingeführt werden soll. Ab diesem Zeitpunkt werde es an dem Standort zwei Schulformen geben, die Sekundarschule und die Gemeinschaftsschulform. Die Sekundarschule laufe aus und die Gemeinschaftsschule werde aufwachsen. Vorgesehen ist die Festlegung von Kapazitätsgrenzen, da nicht absehbar ist, wie viele Eltern sich für diesen Bildungsweg entscheiden werden. Eine Dreizügigkeit mit 75 Plätzen ist avisiert. Die befürchtete Schwächung der Sekundarschulen sehe das Amt nicht. Aufgrund der bereits existierenden Schülerzahlen könnten nur noch ca. 8-10 Schüler aus anderen Schulen aufgenommen werden. Das Verfahren zur Umwandlung der Schulform gestalte sich wie folgt: Der Antrag wurde beim Landesschulamt eingereicht. Zwischen dem anhaltischen Berufsschulzentrum und der Schule wurde eine Kooperationsvereinbarung zum Fachgymnasium abgeschlossen. Das Landesschulamt werde eine Stellungnahme der Stadt abfordern und dann im Einvernehmen mit der Stadt entscheiden. Frau Wendeborn geht aufgrund des schlüssigen Konzepts von einer positiven Entscheidung aus. In dem Fall müsse noch ein Beschluss zum Losverfahren eingebracht werden. Dieser sei vergleichbar mit dem bereits gefassten Beschluss zu den Kapazitätsgrenzen der Gymnasien.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, bittet um Darlegung der praktischen Ausgestaltung der Kooperation mit der Berufsschule. Die Schüler werden in die Berufsschule gehen, erklärt Frau Wendeborn. Im Übrigen existiere bereits eine Kooperation zwischen der Berufsschule und der Sekundarschule Muldenstein aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Die Kooperation trage zur Gesamtstabilisierung des Berufsschulzentrums bei, betont **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Er begrüßt das Bestreben, Schülern, die aus sozialen und entwicklungsspezifischen Gründen nicht gleich nach der Grundschule den gymnasialen Bildungsweg einschlagen konnten, mit der vorgeschlagenen Schulform neue Bildungschancen zu ermöglichen. Gleichzeitig fördere dieses Modell die Entwicklung von Sozialkompetenz, da den Kindern ein längerer Verbleib in ihrem gewohnten Klassenverband eingeräumt wird. Die Kooperation mit der Berufsschule könne wiederum die klassische berufliche Ausbildung von Abiturienten för-

dern. Ebenso werde der Sozialstandort Zoberberg durch eine Gesamtschule gestärkt.

**Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, bekundet, dass sie bereits in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport, in welchem das Vorhaben auch vorgestellt wurde, von diesem überzeugt war. Es sei sehr schwierig, bereits nach der vierten Klasse über den zukünftigen Bildungsweg der Kinder zu entscheiden. Häufig sei es eben nicht die Entscheidung der Kinder sondern der Eltern, welche sich oftmals entgegen der real erbrachten schulischen Leistungen der Kinder für eine gymnasiale Ausbildung entscheiden. Das Vorhaben biete hierfür eine hervorragende Alternative.

Er betrachte das Vorhaben aus zwei verschiedenen Perspektiven, erklärt **Herr Adamek, Fraktion der CDU**; einerseits als Mitglied einer Fraktion, andererseits als Stadtteilernrat. Zur Stärkung des Standortes der Berufsschule und auch aus sozialen Gesichtspunkten begrüßt er selbstredend den Vorschlag. Andererseits gibt es bereits drei Gymnasien in der Stadt, auch wenn diese ausgelastet sind und künftig weiterhin sein werden. Das Fachabitur bzw. Wirtschaftsabitur kann bereits seit mehreren Jahren an der Berufsschule erworben werden.

Dies sei nicht vergleichbar, wirft **Herr Schönemann** ein.

Dem entgegnet **Herr Adamek**, dass an der Berufsschule mittlerweile drei verschiedene Optionen zum Erlangen des Abiturs möglich sind. Die bereits seit Jahren in der Stadt existierende geradlinige Struktur werde mit der Umwandlung der Sekundarschule „Zoberberg“ in eine Gemeinschaftsschule aufgeweicht.

Auf Nachfrage ergänzt der **Herr Adamek**, dass er keineswegs eine Gefährdung der bestehenden Gymnasien sehe sondern ein Aufbrechen der funktionierenden dreigliedrigen Struktur. Er sieht vielmehr auch eine Situation, die sich in Deutschland immer mehr heraus kristallisiere, bestätigt: es gebe immer mehr Master und immer weniger Meister. Nicht umsonst sei die Wirtschaft derzeit bemüht, Jugendliche dazu zu bewegen eine ganz normale Berufsausbildung zu absolvieren. Es sei deutlich sichtbar, wie die Handwerksberufe um Auszubildende kämpfen, da immer mehr Abiturienten eine akademische Ausbildung einschlagen.

**Herr Krause** betont, dass die Chancen, die sich durch die Umwandlung der Schule eröffnen, den Kindern dieser Stadt mehr Möglichkeiten einräumen werden. Die Gymnasien seien aufgrund des Aufhebens der verbindlichen Schullaufbahneempfehlung und der damit einhergehenden Wegnahme einer Steuerungsmöglichkeit so überlaufen. Viele Eltern entscheiden, ihre Kinder, entgegen der Eignung und dem Wohlwollen auf ein Gymnasium zu senden.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau**, stimmt den Aussagen von Herrn Krause zu. Er sehe in dem Projekt vor allem auch eine Chance für Kinder, die in der vierten Klasse noch nicht die Eignung oder Möglichkeit auf einem Wechsel zum Gymnasium haben. Bisher haben diese Kinder nur die Alternative, ein Abitur über den zweiten Bildungsweg zu erlangen. Dies sei ein langer und mühseliger Weg.

Auch **Herr Eichelberg, Fraktion SPD**, sieht dieses Vorhaben als große Chance für Spätentwickler. Ohnehin sei das bestehende Bildungssystem veraltet und überholt. Diese geplante Schulform bilde die Chance etwas Neues aufzubauen.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** fügt an, dass auch die infrastrukturelle Verfassung der Schulen Anlass für Sorge ist. Er habe erfahren, dass Frau Bundeskanzlerin Merkel in Bund-Länder-Gesprächen mit den Ministerpräsidenten speziell auch diese Frage aufgegriffen habe und überlegt werde, ob nicht der Bund doch, entgegen der Entscheidung der Förderalismuskommission Geld für die Schulsanierung aufbringen könne. Die Argumentation von Herrn Adamek könne er sehr gut nachvollziehen. Es gebe eine Vielzahl arbeitsloser Akademiker während händeringend Handwerker benötigt werden. Auch müsse daran gearbeitet werden, das Ansehen der Sekundarschulen zu verbessern. Zwar gab es in der Vergangenheit gehäuft Gewalt und Orientierungslosigkeit, welche die Schulhöfe vieler Sekundarschulen beherrscht haben, aber betrachtet man heutzutage die konzeptionelle Entwicklung der Sekundarschulen der Stadt, lässt sich durchaus festhalten, dass sich auch dort eine Ausbildung lohnt. Sowohl das Image der Sekundarschulen als auch des Berufsbilds des Facharbeiters sollte wieder positiver dargestellt werden.

**Frau Wendeborn** hebt hervor, dass gerade eine Gemeinschaftsschule nicht ausschließlich zum Abitur führt, sondern alle Abschlüsse abgelegt werden können. Insbesondere bilde die frühzeitige Berufsorientierung einen Schwerpunkt dieser Schulform. Die Stadt habe zum Glück erreichen können, dass der Übergang auf das Gymnasium von 52% auf 48% zurückgegangen ist. Dies spreche für die Qualität und Akzeptanz der Sekundarschulen.

**Herr Adamek** fügt an, dass die grundsätzliche Idee keineswegs abwegig sei. Aber Schüler hätten ja bereits nach den gängigen Modellen die Möglichkeit auch erst nach Klassenstufe 7 oder 9 an das Gymnasium zu wechseln. Unbestritten ist, dass mit Fortschreiten der Lernstufen die Diskrepanz zwischen dem Bildungsstand auf dem Gymnasium und der Sekundarschule wächst. Somit seien dennoch alle Möglichkeit für die Schüler vorhanden, zwischen den Bildungsstufen wechseln zu können.

Den Ausführungen Herrn Adameks widerspricht **Herr Schönemann**. Es fehle bereits ab der Grundschule der Eignungs- und Neigungsbereich und die Praxisorientierung. Bereits da müssten die Begabung und Fähigkeiten der Kinder sondiert und gefördert werden und die Defizite zwischen Theorie und Praxis ausgeglichen werden.

Die derzeitigen Lehrpläne ließen keine zeitlichen Spielräume für Praktika offen, merkt **Herr Adamek** an.

Dies sei ein Fehler des eigentlichen Systems, ist sich die Mehrheit der Redner einig.

Herr Kuras lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: (08:00:02)**

## 8.5 Digitale Unterlagen Sessionnet Vorlage: BV/377/2016/CDU

**Herr Kuras** ruft den von mehreren Fraktionen eingebrachten Tagesordnungspunkt auf. Das Einbringen der Vorlage aus den Fraktionen verdeutliche, die Wünsche der Stadträte bezüglich der zur Verfügung Stellung von Unterlagen für die Ratssitzungen. Diese seien nicht neu und die Verwaltung habe sich bereits in der Vergangenheit intensiv damit auseinandergesetzt.

**Herr Adamek, CDU Fraktion** erläutert, dass die Vorlage ein weiteres Bestreben zur Digitalisierung der Unterlagen sei. Ihm sei bei einem Abgleich der digitalen Aufbereitungen der Unterlagen für die unterschiedlichsten Gremien aufgefallen, dass auch die Qualität und Art der Umsetzung sehr stark divergieren. Der zeitliche Aufwand für die Archivierung der Dateien sei teilweise sehr groß. Ein weiterer Aspekt sei die teils erhebliche Dauer für die Fertigstellung der Niederschriften. Diese sei durchaus binnen 14 Tage möglich. Gleichzeitig sei es sein Anliegen, zur Selbstdisziplinierung anzuregen. Bspw. umfasse eine Anlage für eine Beschlussvorlage des anstehenden Kulturausschusses ca. 500 Seiten. Diese könnten digital zur Verfügung gestellt werden. Gescannte pdf-Dateien seien nicht erforderlich. Die Unterlagen umfassen unwahrscheinlich viel Papier. Es könnten Ressourcen und Zeit gespart werden und viel Arbeit erspart werden.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, fügt an, dass das jetzige Modell (Session) eine Reihe an Komponenten nicht enthalte, die für die Erfüllung der Forderungen Voraussetzung sind. Fraglich sei also, ob die an die Verwaltung gestellten Forderungen überhaupt mit den infrastrukturellen Gegebenheiten erfüllt werden können. Ansonsten wäre dies eine Aufgabenstellung, die sowohl mit Zeit als auch mit verfügbaren finanziellen Mitteln einhergeht. Zumal das Ratsinfosystem erst durch die Fusion mit der Stadt Roßlau implementiert wurde, erinnert Herr Schönemann. Ergänzend schlägt er vor, dass die teils umfangreichen und hochwertigen Unterlagen an die Fraktionen in dezimierter Form zur Verfügung gestellt werden und fraktionsintern ein Austausch organisiert wird.

**Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, widerspricht der Argumentation seines Vorredners. Es werde nichts gefordert, was nicht leistbar wäre. Vielmehr gebe es unterschiedliche technische Befähigungen im Umgang mit dem Programm bei den Mitarbeitern und den Fraktionsmitgliedern.

**Frau Benckenstein, AfD**, erklärt, dass ihre Fraktion anfänglich die Unterlagen nur digital aufbereitet genutzt hat. Aufgrund dessen, dass der Aufbereitungs- und Suchaufwand sich als sehr zeitintensiv herausstellte, seien sie davon abgekommen. Als positives Beispiel führt sie an, dass in Abstimmung mit der Verwaltung für die kommende Stadtratssitzung bei einer umfangreichen Anlage zu einer Beschlussvorlage ein pragmatischer und sinnvoller Weg gefunden wurde und die Anlage nur für Personen, die diese noch nicht für einen der mit-beschließenden Ausschüsse erhalten haben, ausgedruckt wurde.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum** befürwortet den Vorschlag zur Verbesserung der Digitalisierung. Es sei zu hinterfragen, ob es sinnvoll ist, bestimmt Unterlagen mehrmals aufgrund der Beratungsfolge zu erhalten.

Dem stimmt **Herr Oberbürgermeister Kuras** zu. Jedoch sei zu bedenken, dass sowohl technische als auch rechtliche Aspekte zu berücksichtigen sind.

**Frau Bürgermeister Nußbeck**, stimmt dem Oberbürgermeister zu und ergänzt, dass auch der organisatorische Aspekt zu berücksichtigen sei.

Vermieden werden müsse, dass etwas angeschafft wird, was rechtlich nicht zulässig ist. Sie erbittet der Verwaltung ausreichend Zeit für die rechtliche Prüfung einzuräumen. Für die Rechtswirksamkeit der Beschlüsse ist es zwingend notwendig, den rechtlichen Rahmen einzuhalten. Die Verwaltung müsse beispielsweise die ordnungsgemäße Ladung nachweisen. Derzeit erfolge dies durch schriftliche Beurkundung der Zustellung durch den Fahrer nach der Abgabe. Dies wäre auch digital möglich. Problematisch werde es jedoch, wenn kein einheitliches System vorliege. Somit müsse Einigkeit unter den Fraktionsmitgliedern bestehen, dass die Unterlagen nur noch digital abgerufen werden.

Die technischen Voraussetzungen liegen vor, jedoch sind nicht alle Mitarbeiter gleichermaßen befähigt, mit dem System umzugehen. Das ist gleichzeitig ein organisatorischer Aspekt und der Verwaltung muss die Zeit gegeben werden, innerbetrieblich die Mitarbeiter zu schulen oder entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Aufgrund der vorgebrachten Argumente bittet Frau Nußbeck die Beschlussvorlage in einen Prüfauftrag an die Verwaltung umzuwandeln, damit diese das Thema in einem zügigen Zeitraum richtig aufarbeiten kann. Zeitliche Zielsetzung sei bis Ende dieses Jahres. Weiterhin bittet Frau Nußbeck darum, der Verwaltung nicht eine solche kurze Bearbeitungsfrist für die Protokolle einzuräumen. Diese sind bis zu 20 Seiten lang. Mindestens zwei Leute lesen diese noch Korrektur. In der geforderten Zeit von 14 Tagen ist das nicht zu realisieren, zumindest nicht wenn weiter auf Wortprotokolle bestanden wird.

**Herr Eichelberg, Fraktion der SPD** erklärt, dass auch die Stadträte technisch in der Lage sein müssen, die Unterlagen digital einzusehen. Auch bei diesen variieren das technische Know-how und die Technikaffinität.

An Frau Nußbeck gewandt erklärt **Herr Adamek**, dass er durchaus kein Problem darin sehe, wenn die Niederschriften innerhalb von 4 Wochen erstellt werden. Fraglich sei es jedoch, wenn Niederschriften nicht bis zur nächsten Sitzung vorliegen bzw. einen längeren Erstellungszeitraum benötigen. Bezüglich einer Digitalisierung sollen natürlich auch weiterhin die Präferenzen der einzelnen Stadträte berücksichtigt werden. Es habe ja jeder die Wahlmöglichkeit zwischen digitaler oder ausgedruckter Bereitstellung der Unterlagen.

**Herr Eichelberg** beantragt die Erteilung des Rederechts für **Frau Storz, SPD-Fraktion**. Es gibt keine Einwände dagegen.

**Frau Storz** erklärt, dass sie gemeinsam mit Herrn Ehm, Frau Ziemba und der IT-Abteilung den Vorstoß zur Digitalisierung vorgenommen habe. Jedoch habe sie gezeigt, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen bei den einzelnen Stadtratsmitgliedern sehr unterschiedlich sind, u.a. abhängig von Stadtteil und IT-Vertrag. Es konnte somit eine Zustellung der Unterlagen nicht einheitlich sichergestellt werden. Wenn eine Digitalisierung realisiert werden sollte, müsste auf die privaten Verträge

mit teilweise Limitierung des Datenvolumens sowie die privaten Geräte zurückgegriffen werden. Eine Grundbedingung ist die realistische Lösbarkeit für alle Beteiligten. Die infrastrukturellen und technischen Bedingungen müssten für alle gleich sein. Weiterhin müsste im Rathaus ein Zugang zum Intranet zum Einloggen für die Sitzungen gegeben sein. Hier hat die IT-Abteilung bereits Sicherheitsbedenken angemeldet. Eine andere praktikable Lösungsvariante wäre, dass die Unterlagen digital auf einem externen Datenträger zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Kuras** resümiert, dass der Weg zurück zur Papierform einhellig nicht als optimale Variante angesehen werde, sondern intensiv an der Lösung der geschilderten Probleme gearbeitet werden müsse.

**Herr Dr. Melchior**, geht noch einmal auf die Bitte von Frau Nußbeck zur Schaffung einer einheitlichen Lösung ein. Diese sei nicht realisierbar, da eine Einheitlichkeit bei allen Stadträten nicht herbeigeführt werden kann. **Frau Nußbeck** entgegnet, dass dann der Verwaltung die erforderliche Zeit zur Prüfung eingeräumt werden muss.

**Herr Adamek** äußert sein Unverständnis darüber, dass es nicht gehen solle, denjenigen, die die Unterlagen digital wünschen, diese einfach Verfügbar zu machen. Frau Nußbeck betont noch einmal, dass ein Nachweis über die fristgerechte Zustellung erfolgen muss.

**Herr Meier, Liberales Bürgerforum** erklärt, dass es wichtig sei, dass die Dateien durchsuchbar sind und entsprechend bezeichnet werden.

**Herr Rumpf** weist noch einmal darauf hin, dass keine gescannten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden sollten sondern nur digital aufbereitete.

**Herr Kuras** schließt die Diskussion. Der Verwaltung wird der Prüfauftrag erteilt, eine Lösung zur digitalen Aufbereitung und Bereitstellung der Sitzungsunterlagen unter Berücksichtigung aller genannten Aspekte zu eruiieren und den Stadträten vorzustellen.

## **12.1 Entlastung des Geschäftsführers der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) für das Geschäftsjahr 2015 Vorlage: BV/357/2016/II-20BTM**

Da dieses Thema im Tagesordnungspunkt 9.1 ausführlich behandelt wurde, schlägt **Herr Kuras** eine sofortige Abstimmung vor. Weiterreichende Fragen sollen, wie vorab mit den Ausschussmitgliedern besprochen, im Stadtrat behandelt werden.

Nach erfolgter Abstimmung wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

**Abstimmungsergebnis: (08:00:01)**

**12.2 Entlastung des Aufsichtsrates der Industriehafen Roßlau GmbH für  
das Geschäftsjahr 2015  
Vorlage: BV/358/2016/II-20BTM**

Die Sitzungsleitung wird von **Herrn Kuras** an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden **Herr Adamek** aufgrund Befangenheit übergeben.

**Herr Adamek** verliest den Tagesordnungspunkt und bittet um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: (06:00:03)**

**13 Schließung der Sitzung**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende **Herr Adamek** schließt um 19:52 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 12.11.16

---

Oberbürgermeister Peter Kuras  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer